

**HAGEN**Stadt der FernUniversität
Der Oberbürgermeister

Deckblatt

Teil 1 Seite 1

Drucksachennummer:

0347/2024

Datum:

05.04.2024

**ÖFFENTLICHE
MITTEILUNG****Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:**

Geschäftsstelle der Bezirksvertretung Haspe

Betreff:

Gemeinschaftsgärten im Bezirk Haspe

Beratungsfolge:

25.04.2024 Bezirksvertretung Haspe

Begründung

Siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind nicht betroffen

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

☒ keine Auswirkungen (o)

TEXT DER MITTEILUNG

Teil 2 Seite 2

Drucksachennummer:

0347/2024

Datum:

05.04.2024

An
01/13

C 4/4

Gemeinschaftsgärten im Bezirk Haspe

In der Sitzung der Bezirksvertretung Haspe vom 25.1.2024 wurde folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Haspe bittet die Verwaltung zu prüfen, ob im Stadtbezirk Haspe städtische Grundstücke vorhanden sind, die sich zur Umwandlung in Gemeinschaftsgärten eignen, und diese Flächen der Bezirksvertretung bis zur Sitzung am 25. April 2024 zu benennen.

Die Verwaltung nimmt dazu wie folgt Stellung:

Im Bezirk Haspe gibt es keine Flächen, die explizit als Flächen für Gemeinschaftsgärten ausgewiesen sind.

Für das Gärtnern gibt es in Haspe fünf Dauerkleingartenanlagen im städtischen Besitz und eine Anlage im Privatbesitz. Die Nutzung entspricht dem Gemeinschaftsgedanken und wird über den Bezirksverband der Kleingärtner organisiert.

Des Weiteren gibt es Flächen, die als Grabeländer verpachtet sind. Diese Flächen sind für einzelne Nutzer parzelliert und dienen eher der privaten gärtnerischen Nutzung. Die Art der Nutzung ist vertraglich geregelt, so dass z.B. bei zweckentfremdeter Nutzung und anderen Problemen gekündigt werden kann.

Flächen für Gemeinschaftsgärten funktionieren nur dann, wenn es eine private Organisation gibt, die sich verantwortlich und dauerhaft um den Betrieb und die Verkehrssicherheit von Flächen kümmert. Das kann die Stadt als freiwillige Aufgabe nicht leisten.

Gibt es keine Organisation, die die Flächen betreibt, besteht die Gefahr, dass Flächen verwahrlosen. Bei dem Projekt „Open Gardening“ (Gärtnern in Hochbeeten für jedermann), welches vergleichbar dem Sinn von Gemeinschaftsgärten entspricht, wurde diese negative Erfahrung leider bereits gemacht, z.B. auf dem Bodelschwingplatz und an der VHS Villa Post.

Wenn eine Organisation dahintersteht, die bestimmte Flächen zum Gärtnern nutzen möchte, wird in Einzelfällen von der Verwaltung geprüft, ob diese städtischen Flächen über einen längeren Zeitraum entbehrlich und sicher sind, ggf. wird dies dann mit einem Gestattungsvertrag rechtlich geregelt. Die Herrichtung der Flächen, die Anschaffung von Gerätschaften, Bewässerungsmöglichkeiten etc. sind von der privaten Organisation zu übernehmen.

Ein aktuelles Beispiel ist die AWO Ha-MK, die ein gefördertes Projekt für Hochbeete auf dem Hüttenplatz starten möchte und hierfür bei der Verwaltung hinsichtlich einer grundsätzlichen Zustimmung nachgefragt hat.

